

Weniger Job-Angst, aber hohe Unzufriedenheit

Für viele Deutsche haben sich die finanzielle und die familiäre Situation zuletzt entspannt. Die Sorgen um den sozialen Zusammenhalt sind jedoch nach wie vor groß.

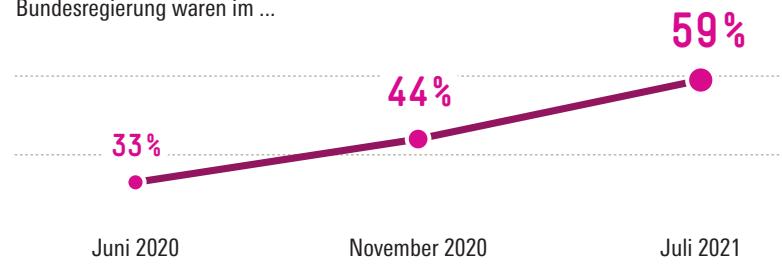
Viele Erwerbstätige in Deutschland erleben den zweiten Corona-Sommer mit sehr gemischten Gefühlen. Einerseits fürchteten im Juli 2021 weniger Menschen als im Winter 2020, wegen der Pandemie ihre Arbeit zu verlieren. Andererseits ist die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Politik gestiegen. Das zeigt die neue Welle der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung. Dafür wurden von Ende Juni bis Mitte Juli 5047 Erwerbstätige und Arbeitsuchende zu ihrer Lebenssituation interviewt.

Die Quote derjenigen, die wegen der Pandemie um ihren Arbeitsplatz fürchteten, ist von 13 Prozent im November 2020 auf 8 Prozent im Juli 2021 gesunken. Der Anteil derer, die die aktuelle Situation familiär, finanziell oder an ihrem Arbeitsplatz als belastend empfinden, ist ebenfalls in den vergangenen Monaten zurückgegangen und hat sich auf dem Niveau des Sommers 2020 eingependelt. Zugleich äußerten sich 59 Prozent der im Juli Befragten unzufrieden über die Krisenpolitik der Bundesregierung. Und fast unverändert jeweils knapp 90 Prozent der Befragten machen sich Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und befürchten eine steigende soziale Ungleichheit.

„Der erhoffte Sommer der Befreiung ist für viele ausgeblieben, die Gesellschaft verharrt im Zwiespalt“, fasst Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI, die Ergebnisse zusammen. „Schaut man auf die allgemeinen Statistiken zur Wirtschaftsentwicklung oder zu Impfquoten, arbeitet sich Deutschland aus der Krise. Aber bei etlichen Menschen kommt dieser Fortschritt nicht voll an.“ So setzt sich etwa der Trend fort, dass Erwerbspersonen, die schon vor der Krise wirtschaftlich schlechter gestellt waren, während der Pandemie auch noch häufiger an Einkommen eingebüßt haben. ↗

Die Unzufriedenheit wächst

Unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung waren im ...



Quelle: Erwerbspersonenbefragung der HBS 2021

Hans Böckler
Stiftung

AUSZUBILDENDE

Stärkere Tarifbindung und höhere Vergütung nötig

Die Spannbreite der in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen reicht von 325 Euro pro Monat, die Auszubildende im thüringischen Friseurhandwerk im ersten Ausbildungsjahr erhalten, bis zu 1580 Euro im westdeutschen Bauhauptgewerbe, mit denen Auszubildende im vierten Ausbildungsjahr vergütet werden. Das zeigt eine Auswertung von 20 ausgewählten Tarifbranchen, die das Tarifarchiv des WSI erstellt hat. „Die großen Unterschiede haben vor allem etwas mit der unterschiedlichen Verhandlungsposition der Gewerkschaften zu tun, da die Ausbildungsvergütungen in der Regel im Rahmen der allgemeinen Lohnverhandlungen vereinbart werden“, sagt Thorsten Schulten, Leiter des WSI-Tarifarchivs.

In mehreren Tarifbranchen liegen die Vergütungen im ersten Ausbildungsjahr oberhalb von 1000 Euro pro Monat: im öffentlichen Dienst, in der chemischen Industrie, der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg und in Sachsen, dem Versicherungsgewerbe, dem Bankgewerbe sowie bei der Deutschen Bahn.

Die höchste Vergütung unter den untersuchten Branchen wird für Pflegeberufe gezahlt, die mittlerweile innerhalb der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes über gesonderte Regelungen verfügen. Die Vergütung im ersten Jahr liegt hier bei monatlich 1166 Euro (Bund und Gemeinden) beziehungsweise 1161 Euro (Länder). Allerdings gelten diese Bedingungen verbindlich nur für öffentliche Einrich-

tungen, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst oder den Tarifvertrag der Länder fallen.

Die geringsten Ausbildungsvergütungen werden im Bäckerhandwerk, in der Floristik und im Friseurhandwerk gezahlt. „Nach wie vor gibt es eine Reihe von Branchen mit sehr niedrigen Ausbildungsvergütungen“, erläutert Schulten. „Nach der Corona-Pandemie besteht gerade dort die Gefahr, dass sich über kurz oder lang nicht mehr genügend junge Leute für eine Ausbildung interessieren und sich der Fachkräftemangel immer weiter verschärft. Deshalb ist gerade in den klassischen Niedriglohnbereichen eine Stärkung der Tarifbindung und eine deutliche Aufwertung von Löhnen und Ausbildungsvergütungen nötig.“ ↗